

Arbeitsblatt 4: Die Systemwechsel in Osteuropa als epochales Ereignis und die Bedeutung Polens als Vorreiter der „friedlichen Revolution“

Benennen Sie anhand des Textes zum „Systemwechsel in Osteuropa“ spezifische Merkmale des polnischen Widerstands. Begründen Sie, warum sich der polnische Widerstand von dem in anderen Ländern unterschied. Welche Rolle spielten die polnischen Erfahrungen für die politische Entwicklung in anderen „Ostblockstaaten“?

Bis zum Jahr 1989 konnte in der Weltgeschichte fast die „politische Regel“ gelten, wonach ein vollkommener Wechsel eines politischen Systems nur durch eine gewaltsame Revolution, einen Staatsstreich oder als Folge eines Krieges stattfinden konnte. In den kommunistisch regierten Staaten Ost- und Mitteleuropas kam es im Jahr 1989 erstmals zu Ereignissen, die einen Wechsel von undemokratischen hin zu demokratischen Systemen auf friedlichem Wege eingeleitet haben. Die Bedeutung der Gewerkschaft „Solidarność“ als der im ganzen Block der „Sozialistischen Staaten“ zuerst legalisierten „Opposition“ im Jahr 1980 kann dabei als überragend bezeichnet werden. Allerdings darf auch die Rolle der seit 1986 in der Sowjetunion eingeleiteten „Perestroika“ nicht unterschätzt werden.

Die sozialistischen bzw. kommunistischen Systeme in Ost- und Mitteleuropa sind zuerst infolge der Revolution 1917 in Russland und nach 1945 in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Ostdeutschland, Jugoslawien und anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten gleichsam als politische Folge des Zweiten Weltkrieges eingeführt worden. Die Erweiterung des Einflussbereiches der Sowjetunion auf die kleineren Staaten wurde als eine Art von „Dank“ der verbündeten Staaten, also Großbritanniens, Frankreichs und der USA, an die Sowjetunion verstanden, der militärisch eine bedeutende Rolle bei der Niederschlagung des nationalsozialistischen Deutschland zukam. Der nach 1945 entstandene politische „status quo“ wurde bis Mitte der Siebzigerjahre durch zahlreiche internationale Verträge besiegelt, wobei der Wille der betroffenen Völker in Ost- und Mitteleuropa allerdings wenig beachtet wurde. Schon in den Vierzigerjahren gab es einige Schwierigkeiten bei der Akzeptanz des neuen Systems, vor allem in Polen und Jugoslawien. Die Proteste in der DDR im Jahr 1953 und der Versuch einer Reform des Systems hin zur Demokratie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei wurden unter Mithilfe des Militärs aus anderen Warschauer-Pakt-Staaten gewaltsam niedergeschlagen. Diese Ereignisse traumatisierten die Ungarn, die Tschechen und Slowaken und verängstigten andere Völker, die unter einer kommunistischen Herrschaft lebten, so sehr, dass sie Versuche nach einer Reform des Systems „von unten“ im Grunde unterließen.

Die Entwicklung der Protestbewegungen in Polen darf unterdessen als eine Ausnahme gelten. Die Stärke des katholischen Glaubens und seiner institutionalisierten Form, der katholischen Kirche in Polen, die eine Ausnahme unter den kommunistisch regierten Staaten darstellte, darf durchaus als ursächlich für die Widerstandsfähigkeit der Polen gegen die kommunistische wie auch schon früher die nationalsozialistische Ideologie betrachtet werden. Teile der polnischen Gesellschaft hatten in den Jahren 1956 und 1968 auch protestiert, allerdings nicht nur aus Solidarität mit den Bewegungen in Ungarn und der Tschechoslowakei. Der Verlauf bzw. Ausgang dieser Proteste in Polen war jedoch im Vergleich zu den erwähnten Staaten gewaltloser und führte weniger zu einer Traumatisierung, sondern vielmehr zur Bildung einiger oppositioneller Organisationen, vor allem in den intellektuellen Kreisen des Landes. Diese Opposition kam nach ihren Höhen und Tiefen, also nach den Erfahrungen in Zeiten der politischen Tauwetter und der immer darauf folgenden Rückschritte, in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre zu der Überzeugung, dass nur eine Bündelung der oppositionellen Kräfte von Intellektuellen und Arbeitern unter Mitwirkung der „legalen Oppositionskraft“, der Kirche, den gewünschten Effekt bringen kann. Die Zusammenarbeit der weiterhin heterogenen Kräfte leitete 1980 die „Solidarność“ in die Wege. Diese Organisation, die das gesamte Spektrum der sozialen Schichten vertrat und eine Massenorganisation mit zuletzt etwa 10 Millionen Mitgliedern gewesen ist, war durchaus berechtigt, sich als Vertretung der polnischen Gesellschaft verstanden zu wissen. Dieses Gefühl war auch nach sieben Jahren des Verbots bzw. der Untergrundtätigkeit der „Solidarność“ nicht verschwunden. Als Beweis hierfür gilt die Ansprache des „Solidarność“-Vorsitzenden Lech Wałęsa im Jahr 1990 vor dem amerikanischen Kongress, die mit den Worten begann: „Wir, das Volk“, was unter den

Zuhörern Jubel ausgelöst hat. Die gesellschaftliche Bewegung „Solidarność“ hat in den 16 Monaten ihrer legalen Tätigkeit so viele freiheitliche und demokratische Gefühle in der polnischen Nation geweckt, dass die Massenstreiks im Sommer 1988, durch die sich der „Anfang vom Ende“ des Kommunismus in Polen abzeichnete, unter dem Motto standen: „Es gibt keine Freiheit ohne die Solidarność“. Infolgedessen wurde 1989 nicht nur die „Solidarność“ wieder zugelassen, sondern es kam auch zu ersten Gesprächen an einem so genannten Runden Tisch in Ostmitteleuropa zwischen Vertretern einer Opposition und einer Regierung. Durch diese Gespräche wurde der Übergang von einem undemokratischen zu einem demokratischen System mit der „friedlichen Revolution“ eingeleitet.

Aus: Beata Wloch-Ortwein: *Die „Solidarność“ in Breslau. Die Entstehung einer oppositionellen gesellschaftlichen Bewegung in der Systemkrise 1980/81 und ihre Bedeutung für den Systemwechsel in Polen 1989.* Berlin: Logos 2000. S. 11f.

Titelblatt der Zeitschrift *Osteuropa* (2009): „Polen – 10 Jahre, Ungarn – 10 Monate, DDR – 10 Wochen, ČSSR – 10 Tage“

